

Vorsitzender:

Prof. Dr. Werner Schiffauer

Kontakt:

info@rat-fuer-migration.de

+49 30 2007 6480

Pressemeldung vom 5. Januar 2015

**Zur Debatte über die „Pegida“-Demonstrationen  
erklärt der Rat für Migration:**

**„Es geht ein Riss durch die Gesellschaft: Jeder Zweite befürwortet die wachsende Vielfalt, aber jeder Dritte fordert mehr Mut zu einem stärkeren Nationalgefühl und schließt dabei Eingewanderte aus. Wir brauchen deshalb eine Leitbild-Kommission für das Einwanderungsland, die ein Konzept entwickelt, das die gesamte Gesellschaft einbezieht. Migration und Integration dürfen nicht tagesaktuell verhandelt werden.“**

Deutschland ist einerseits zum Einwanderungsland geworden: Vor allem in den Metropolen hat sich das Selbstverständnis verankert, eine pluralistische und multiethnische Gesellschaft zu sein. Dies zeigen Untersuchungen wie die Studie "ZuGleich" der Universität Bielefeld, wonach jeder Zweite (47 Prozent) die wachsende Vielfalt in Deutschland befürwortet und 36 Prozent der Bevölkerung eine "stärkere Willkommenskultur für Migranten" wollen. Das wäre vor einigen Jahrzehnten undenkbar gewesen. Auch die parteipolitischen Grabenkämpfe um Ausländerpolitik, wie sie in den 90er Jahren üblich waren, sind abgeschlossen. Parteienübergreifend hat sich ein Konsens eingestellt, der die Tatsache der Einwanderung nicht mehr in Frage stellt. Die Politik sucht zu Recht nach Wegen, Einwanderung sinnvoll zu gestalten.

Andererseits wird dieser Konsens immer wieder durch rechtspopulistische Argumente in Frage gestellt, wie sie derzeit von der „Alternative für Deutschland“ oder „Pegida“ propagiert werden. Es ist bemerkenswert, dass der Unmut gegen Einwanderung immer wieder von denjenigen getragen wird, die an dieser kulturellen Entwicklung kaum teilhaben und mit Einwanderung am wenigsten zu tun haben. Das zeigt, dass das Bekenntnis zur Willkommenskultur nicht weit genug geht, sondern immer noch in der problematischen Rollenzuschreibung von Gastgeber und Gast verhängen bleibt.

Eine emotionale Aufwertung nationaler Identität führt besonders oft zu ausgrenzenden Einstellungen gegenüber der größten religiösen Minderheit in Deutschland – den Muslimen. Vor wenigen Wochen hat die Studie „Deutschland Postmigrantisch“ des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Integrationsforschung (BIM) nachgewiesen: Bei Menschen, bei denen die nationale Identität einen hohen Stellenwert einnimmt, ist die Bereitschaft signifikant höher, Muslimen kulturell-religiöse, sozialräumliche oder symbolische Rechte vorzuenthalten. 68 Prozent würden die Beschneidung verbieten, 56 Prozent das Kopftuch bei Lehrerinnen und 55 Prozent den Moscheebau einschränken.

Bewegungen wie Pegida sind integrationsfeindlich. Sie zeigen einen Riss auf, der durch die Gesellschaft geht. Die bei den Demonstrationen derzeit durchscheinende Sehnsucht nach einem völkisch-homogenen Nationalstaat wäre nur gewaltsam umzusetzen. Auch eine Einwanderungspolitik, die sich ausschließlich an neoliberalen Nützlichkeitsideologien orientiert, gehört nicht zum Selbstverständnis, das sich Deutschland im Grundgesetz gegeben hat. Unsere Verfassung bildet den Rahmen, der nicht verhandelbar ist und auch durch die derzeit proklamierten Positionen nicht in Frage gestellt werden kann.

Laut Bevölkerungsumfragen des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung von 2014 finden 36 Prozent der Bevölkerung, "wir sollten endlich wieder Mut zu einem stärkeren Nationalgefühl haben". Dieselben Befragten neigen zu anti-demokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen. Auch darauf brauchen wir politische Antworten und Konzepte. Deswegen brauchen wir ein Integrationskonzept für die gesamte Gesellschaft, das auch

die Integrationsdefizite in der Mitte der deutschen Gesellschaft thematisiert und gegen Feindlichkeiten gegenüber Muslimen, Flüchtlingen, Roma und anderen Minderheiten angeht.

Umso erfreulicher waren die klaren Worte der Bundeskanzlerin, die sich in ihrer Neujahrsansprache gegen menschenfeindliche Äußerungen positioniert hat. Gefährlich ist, wenn die Politik auf die aktuellen Entwicklungen reagiert, indem sie die Bereitschaft signalisiert, Migration und Integration wieder tagesaktuell zu verhandeln. Ein Rückfall in die Zeit der politischen Grabenkämpfe um Nationalgefühle wäre fatal. Wir brauchen eine zukunftsorientierte und nicht vergangenheitsorientierte Politik mit einer langfristigen Strategie, um Migrations- und Integrationsprozesse zu gestalten.

### **Handlungsempfehlungen:**

**1. Einführung einer „Leitbild-Kommission“:** Wie schafft man Zusammenhalt in einer pluralistischen Gesellschaft? Eine Einwanderungsgesellschaft ist kompliziert, sie ist nicht selbsterklärend und nimmt nicht alle Bürger automatisch mit. Es gilt daher, die Selbstverständlichkeit einer postmigrantischen Gesellschaft und einer entsprechenden Identität aktiv zu verankern. Nach dem Vorbild traditioneller Einwanderungsländer brauchen wir dafür ein republikanisches Leitbild, an dem sich ausnahmslos alle Bürger orientieren können. Um ein entsprechendes Konzept in dieser Legislatur-Periode zu erarbeiten, braucht es eine fachlich und politisch überparteilich besetzte Kommission, etwa unter der Federführung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.

**2. Die historische Rolle von Migration stärker ins Bewusstsein rücken:** Migration gehört seit der Gründung der Bundesrepublik (und auch davor) zu Deutschland, etwa durch die Millionen Weltkriegsflüchtlinge, Gastarbeiter, Aussiedler und Spätaussiedler. Hier sind vor allem Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen gefragt, die diese Tatsache in die „Narrative“ des Deutschseins einbinden und völkisches Gedankengut als rassistische Geschichtsklitterung entlarven.

**3. Wissensförderung über das Einwanderungsland:** Deutschland bekennt sich zwar zu der Tatsache, eine Einwanderungsgesellschaft geworden zu sein. Dies gilt es jedoch nicht nur kognitiv, sondern auch informativ und kulturell zu verankern. Studien zeigen, dass die Bevölkerung ihr Wissen über Minderheiten überwiegend aus den Medien erlangt. Zur Versachlichung der Debatte ist es daher wichtig, Wissenschaft und Medien besser zu vernetzen und empirische Sachverhalte und wissenschaftliche Erkenntnisse im Themenfeld Migration und Integration zugänglich zu machen.

Teilnehmende der Pressekonferenz:

- Prof. Dr. Werner Schiffauer, Vorsitzender RfM; Professur für Vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie an der Europa-Universität Viadrina
- Prof. Dr. Andreas Zick, Vorstandsmitglied RfM; Konfliktforscher und Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld
- Dr. Naika Foroutan, Vorstandsmitglied RfM; Stellv. Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und Sozialwissenschaftlerin an der Humboldt Universität zu Berlin

---

*Der Rat für Migration (RfM) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Disziplinen. Seine zentrale Aufgabe sieht der RfM unter anderem darin, politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten. Er ist außerdem Projektträger vom „[Mediendienst Integration](#)“.*

## **Input Prof. Dr. Andreas Zick Bundespressekonferenz 5.1.2014**

Das Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) hat eine Reihe von Studien zur Frage der politischen Ansichten und v.a. der Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber Gruppen in der BRD und Europa durchgeführt:

- **GMF-Studie: „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ in Deutschland 2002 – 2011;** jährliche Umfragen unter ca. 2.000 repräsentativ ausgewählten Bundesbürgern sowie Längsschnittstudie (identische Personen befragt über einen Zeitraum 2002-2010). Publiziert in Reihe „Deutsche Zustände“ bei Suhrkamp.
- **Mitte-Studie 2014:** Umfrage einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe (2.000) zu den rechtsextremen Einstellungen in der BRD, gefördert von Friedrich-Ebert-Stiftung; publiziert als „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ im Dietz-Verlag.
- **ZuGleich-Studie 2014:** Umfrage zur Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit von Immigrantinnen in einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe an (2.000) Bundesbürgern, gefördert durch die Stiftung Mercator.

### **Auswertung der Untersuchungen mit Blick auf das Phänomen menschenfeindlich motivierter Demonstrationen**

#### ***Die These von der Abstiegsangst, die islamfeindliche Stimmungen erzeugt, ist fragwürdig.***

Oft handelt es sich vielmehr um Gefühle von Machtlosigkeit und Skepsis über die Sinnhaftigkeit von Demokratie (GMF, Mitte). Über 70 % der Bürger meinen z.B.: „Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger“ (Mitte 2014). Personen, die an der Funktionsfähigkeit der Politik zweifeln, äußern die stärksten Vorurteile. Politische Kampagnen, die die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Frage stellen, sind besonders dann gefährlich, wenn sie an subjektive Gefühle der Ohnmacht anknüpfen können.

#### ***„Überfremdungsängste“ sind eher ein Anzeichen für Vorurteile und weniger ein Indikator für reale Ängste.***

Die Meinung: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie einer Fremder im eignen Land“ ist Teil einer allgemeinen muslimfeindlichen Einstellung. Umgekehrt fällt auf: Personen, die islamfeindlichen Einstellungen nicht zustimmen, empfinden auch keine Überfremdungsängste. (Mitte-Studie 2014). Angst ist eine Komponente von Vorurteilen und selten ein Erklärungsfaktor.

#### ***Die Distanzierung von Gewalt täuscht: Menschenfeindliche Parolen haben eine aggressive Komponente.***

Insbesondere rechtspopulistische Orientierungen gehen mit einer erhöhten Gewaltbilligung und –bereitschaft einher. Es zeigt sich, dass Menschen, die rechtspopulistische Überzeugungen teilen, stärker gewaltbereit und –billigend sind, als jene, die diese Überzeugungsmuster nicht aufweisen.

Beispiel: Bei der Aussage: „Manchmal muss ich Gewalt einsetzen, um nicht den Kürzeren zu ziehen“, stimmen 29 % der Rechtspopulisten und 9,6 % der anderen zu (Mitte-Studie).

***Die Protestgruppen gegen eine Islamisierung knüpfen an Stimmungen an, die in der Bevölkerung stark verbreitet sind.***

Feindseligkeiten gegenüber Minderheiten sind weiter verbreitet, als es die lokalen Aufmärsche gegen eine Islamisierung der Gesellschaft vermuten lassen. In der jüngsten Mitte-Studie meinen z.B.

- 42 %: „Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.“
- 38 %: „Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.“
- 46 %: „Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.“

***Der Wunsch nach Macht und Autorität ist weit verbreitet.***

Die Mitte-Studie von 2014 zeigt, dass viele Menschen sich autoritäre Strukturen wünschen:

- 23 % der Befragten stimmten zu: „Was Deutschland jetzt braucht ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“
- 11%: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
- 36%: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“
- 18 %: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ (22% unentschieden)

Nach der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise steigt die Zustimmung zu chauvinistischen und nationalorientierten Einstellungen.

- So meinen 36% in der Mitte-Studie: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“
- 61% meinten nach der ZuGleich-Studie: „Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.“

Als Erklärungsfaktoren für menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen setzen sich laut Mitte-Studie vor allem folgende Erklärungsfaktoren durch:

- Autoritäre Orientierungen,
- der Glaube, dass die Deutschen den anderen überlegen sind,
- konservative Einstellungen,
- eine Orientierungslosigkeit in Werten und Regeln
- sowie das Empfinden, nicht in die Gesellschaft eingebunden und machtlos zu sein.

**Rund ein Drittel der Bürger ist in Sozialfragen stark nutzwert-orientiert und anfällig für menschenfeindliche Einstellungen**

Das Ideal der ökonomisch orientierten Leistungsgesellschaft erzeugt eine Abwehr von Solidarität und Menschlichkeit. Gut ein Drittel der Bürger (GMF, Mitte) ist extrem marktliberal orientiert („Wir können uns keine Verlierer leisten. Nur wer etwas leistet, ist was wert“). Diese Ideologie, der man selbst vielleicht gar nicht entspricht, macht anfällig für menschenfeindliche Meinungen.

Die stärksten neoliberalen wie menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen in der Mitte-Studie 2014 haben Menschen, die mit den Meinungen der AfD sympathisieren und solche, die nicht wählen. Menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen sind am stärksten unter den Personen verbreitet, die mit den Überzeugungen der AfD sympathisieren sowie unter Nichtwählern (Mitte-Studie).

## **Analyse der Einstellungsuntersuchungen mit Blick auf die Einwanderungsgesellschaft**

### ***Feindseligkeiten werden durch die Integration von Eingewanderten nicht abgebaut.***

Die These, dass die Integration von Zuwanderern die Vorurteile aus dem Weg räumt, ist falsch. Es ist nicht haltbar anzunehmen, dass die Vorurteile der einen von der Integration der anderen abhängt. Menschen, die meinen, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet sei, meinen das, weil sie an eine homogene kulturelle Einheitsnation glauben und Vielfalt ablehnen (49 % GMF 2011). Anders: Diejenigen, die Vielfalt in der Gesellschaft positiv empfinden, meinen auch viel seltener, dass die Gesellschaft auseinanderbricht. Die GMF-Längsschnittstudie zeigt eher: Wenn Bürger hartnäckige und starke Vorurteile haben, dann sinkt ihre Integrationsbereitschaft und Solidarität für Menschen aus Einwandererfamilien.

### ***Überfremdungsängste bleiben eher abstrakt und haben wenig mit der eigenen Identität zu tun.***

18 % meinen: „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet“. Aber nur 9 % der Befragten fühlen sich durch die Anwesenheit von Migranten weniger zu den Deutschen zugehörig. (ZuGleich)

### ***Die Meinungen über eine vermeintliche Überfremdung sind besonders dort verbreitet, wo interkulturelle Kontakte fehlen.***

Wenn Menschen direkte oder indirekte Kontakte zu Migranten und anderen haben, sind die Vorurteile geringer. Das ist ein universales Phänomen wie die Kontaktforschung zeigt. Die illusorische Korrelation, dass zu viele Ausländern, Muslime etc. in Deutschland leben und das zu Problemen führt, ist vor allem dort ausgeprägt, wo Menschen über keine Kontakte verfügen.

### ***Die Haltung zu Integration ist ambivalent: Einerseits ist Zuwanderung willkommen, andererseits sollen sich Migranten nicht unbedingt zu Hause fühlen.***

- 36% befürworten eine stärkere Willkommenskultur, 31% möchten das nicht.
- Die Mehrheit befürwortet Vielfalt (47%), ca. 25% weist das zurück.
- 54,7 % finden es gut, wenn sich „Migranten in Deutschland zu Hause fühlen“, doch nur 35,9 % gefällt es, dass sich „so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden“. (ZuGleich-Studie)

***Integration wird von vielen Bürgern als einseitige Leistung von Migranten betrachtet.***

- 26 % der Bürger meinen, Migranten seien „allein für ihre Integration verantwortlich“ (weitere 26 % sind unentschieden).
- 25 % meinen, „ob Migranten hier zurechtkommen, liegt nur an ihnen selbst“ (30 % sind unentschieden)
- 42 % meinen: „Wir Deutschen haben genug dafür getan, dass sich Migranten gut einleben.“
- 46 % meinen: „Es ist nicht unsere Schuld, wenn sich Migranten nicht integrieren.“ (ZuGleich-Studie)

***Der Islam gehört zu Deutschland.***

Noch im Juni 2014 meinen 61 % der Befragten der Islam sollte „als Religionsgemeinschaft genauso anerkannt werden wie die christlichen oder katholische Kirche“. Nur 15% meinen, die Zahl der Muslime in Deutschland sollte begrenzt werden. Lediglich 14% meinten, die muslimische Kultur hätte einen gefährlichen Einfluss auf die deutsche Jugend. (ZuGleich)

-----  
**Prof. Dr. Andreas Zick** ist Direktor des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Er ist promovierter und habilitierter Psychologe und hat auch Evangelische Theologie studiert. Die Studien sind in Forschungsteams entstanden. Die hier berichteten Ergebnisse gehen auf die Zusammenarbeit mit Niklaas Bause, Wilhelm Berghan, Eva Groß, Andreas Hövermann, Daniela Krause, Dr. Anna Klein, Madlen Preuß sowie Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein zurück.

<http://www.uni-bielefeld.de/ikg> → Projekte

Input Dr. Naika Foroutan  
Bundespressekonferenz 5.1.2014

## Erkenntnisse aus der Studie „Deutschland postmigrantisch“ (2014)

Die Studie „Deutschland postmigrantisch“ wurde durch die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)“ an der Humboldt-Universität zu Berlin im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) erstellt. Bei JUNITED handelt es sich um ein interdisziplinär aufgestelltes Team aus den Fachbereichen Soziologie, Ethnologie, Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und der Psychologie. Die Forschungsgruppe unter der Leitung von Dr. Naika Foroutan untersucht aus einer transdisziplinären Perspektive das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

### Nationale Identitätsbezüge sind ambivalent: Einerseits positiv und offen, andererseits eine Abwehr gegen sichtbare Minderheiten

1. *Patriotismus und emotionale Verbundenheit sind in Deutschland hoch.* Die Bevölkerung in Deutschland hat ein positives Gefühl zu ihrem Land. Eine deutliche Mehrheit (85 Prozent) sagt: „Ich liebe Deutschland“. Ausgangspunkt dieses positiven Selbstbildes ist die Wiedervereinigung. Sie stellt für 49 Prozent der Bevölkerung das zentrale historische Ereignis dar, welches Deutschland heute am besten beschreibt. Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg sind hingegen kaum mehr prägend für das Selbstbild (16 Prozent), und der Holocaust wird nur von 0,5 Prozent der Befragten genannt. Das widerspricht der jahrelang zementierten Wahrnehmung, Deutschland würde sich nur in einer negativen Identität wahrnehmen und könne dadurch nicht positiv mit seiner nationalen Identität umgehen.
2. *Kriterien des Deutschseins sind offen und exklusiv zugleich.* Deutschsein kann heutzutage erlernt und erworben werden, im Vergleich dazu spielen angeborene Merkmale eine geringere Rolle: Wichtig ist vor allem die Fähigkeit, deutsch sprechen zu können (97 Prozent), sowie der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (79 Prozent). Trotzdem finden immerhin 37 Prozent der Bevölkerung weiterhin, dass deutsche Vorfahren wichtig sind, um Deutscher sein zu können. Und über 40 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, man müsse dafür akzentfrei deutsch sprechen. Dieses sehr enge Verständnis von ‚korrekter Sprache‘ als nationalem Kriterium offenbart eine fehlende Anerkennung der Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft, in der die Dynamik der Veränderungen auch die Sprache vielfältiger werden lässt. Die Narrationen des Deutschseins bleiben an zentralen Punkten also immer noch exklusiv. Dies zeigt sich auch deutlich daran, dass 38 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, wer ein Kopftuch trage, könne nicht deutsch sein.

### Exklusives Deutschsein – Muslime fungieren als Gegenüber und Gegenbild

3. *Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit werden in Frage gestellt.* Exkludierende Vorstellungen finden ihren Ausdruck beispielhaft in Stereotypen gegenüber Muslimen als der größten religiösen Minderheit in Deutschland: Mehr als ein Viertel (27 Prozent) der Befragten denkt, dass Muslime aggressiver seien als sie selber, fast ein Drittel (30 Prozent) glaubt nicht, dass Muslime genauso bildungsorientiert seien wie ihre eigene Gruppe. Als eigene Gruppe wird auf Nachfrage auffallend oft (ca. 40 Prozent) „wir Deutschen“, „die deutsche Bevölkerung“, „die deutsche Gesellschaft“ oder ähnliches genannt. Muslimisch und deutsch werden dabei überwiegend als Gegenkategorien wahrgenommen und Musliminnen und Muslimen somit aus dem „deutschen Wir“ herausdefiniert. Es sind jedoch nicht immer dieselben Befragten,

die ausgrenzend antworten, was dafür spricht, dass die Anzahl der Menschen, die zumindest einzelne negative Stereotype von Muslimen hat, noch deutlich größer ist. Zwar kann man hieraus kein konsistent islamfeindliches Weltbild ableiten, es verdeutlicht aber ein breites Spektrum an negativen Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen. Selbst wenn diese Einstellungen nicht notwendigerweise zu Handlungen führen müssen: Die Teile der Bevölkerung, die über solche Einstellungen verfügen, stellen einen Resonanzboden und wahrgenommenen gesellschaftlichen Rückhalt für die in letzter Zeit zunehmenden Anschläge auf Moscheen und Hassattacken auf muslimische EntscheidungsträgerInnen dar.

4. *Abstrakte Anerkennung hoch – aber wenn es konkret wird, dann fehlt die Bereitschaft zur Gewährung von Anerkennung, Teilhabe und Partizipationsrechten.* Die nicht-muslimische Bevölkerung hat eine ambivalente Haltung zu Muslimen als sichtbarer politischen Akteuren: Eine deutliche Mehrheit (67 Prozent) findet, dass es das gute Recht von Muslimen in Deutschland ist, Forderungen zu stellen, und fast ebenso viele sagen, man sollte Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen. Ein Fünftel (20 Prozent) der Bevölkerung aber ist der Meinung, wenn Muslime Forderungen stellten, dann sei dies ein Zeichen von Unverschämtheit, und 17 Prozent empfinden dies als Zeichen von Undankbarkeit. Die Ambivalenz findet ihren Ausdruck vor allem in den Haltungen zu politisch diskutierten Themen um strukturelle, kulturelle, sozial-räumliche und symbolische Anerkennung und Partizipation: So sind 69 Prozent der Bevölkerung für den islamischen Religionsunterricht. Gleichzeitig wollen aber 60 Prozent der Befragten die Beschneidung von Jungen verbieten. Beinahe die Hälfte aller Deutschen (49 Prozent) findet, dass Lehrerinnen das Tragen des Kopftuch nicht erlaubt sein sollte, und 42 Prozent möchten den Bau von Moscheen einschränken.
5. *Je relevanter die nationale Verbundenheit, desto deutlicher die Abwehr von Muslimen.* Dort, wo die nationale Identität einen hohen Stellenwert einnimmt, ist die Bereitschaft, Muslimen kulturell-religiöse, sozialräumliche oder symbolische Rechte vorzuenthalten, signifikant höher. So möchten jene 46 Prozent, für die es besonders „wichtig ist, als Deutsche/r gesehen zu werden“, zu 68 Prozent die Beschneidung verbieten, zu 55 Prozent den Moscheebau und zu 56 Prozent das Kopftuch einschränken. Bei jenen, bei denen die Wahrnehmung als deutsch keine Rolle spielt (53 Prozent), sind es hingegen wesentlich geringere Werte: gegen Beschneidung 54 Prozent, gegen Kopftuch 43 Prozent und gegen Moscheebau 35 Prozent. Der Ausschluss aus dem kollektiven deutschen Narrativ findet somit nicht nur auf einer diskursiv-emotionalen Ebene statt, sondern hat Auswirkungen auf die Anerkennung, die Teilhabe und die Partizipationsmöglichkeiten von religiösen Minderheiten – in dem Falle von Musliminnen und Muslimen.

### Postmigrantisches Deutschsein: Wissen noch gering – aber Alltagskontakt weitet sich aus

6. *Das eigene Wissen über Muslime wird von der Mehrheit der Bevölkerung als gering eingeschätzt.* In postmigrantischen Gesellschaften kommt es zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu verstärktem Wissen übereinander, gegenseitige **Wahrnehmung** und Interaktion. Trotzdem schätzen noch immer 67 Prozent der nicht-muslimischen Befragten ihr eigenes Wissen über den Themenkomplex Islam und Muslime gering ein und 69 Prozent überschätzen den Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung, der bei ca. 5 Prozent liegt. 23 Prozent von ihnen überschätzen ihn sogar stark und gehen davon aus, dass Muslime einen Bevölkerungsanteil von 21 Prozent und mehr ausmachen. Das Wissen über Muslime wird aus Fernsehen (44 Prozent) und Zeitungen/Zeitschriften (39 Prozent) gezogen, zu einem etwa gleich hohen Anteil (43 Prozent) allerdings auch aus Gesprächen mit Muslimen.

7. *Mehr Kontakträume und häufiger Kontakt zu Musliminnen und Muslimen führen zu weniger stereotypen Einstellungen.* Kontakte zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung sind Teil des Alltags. Mehr als ein Drittel der Nicht-Muslime haben oft oder sehr oft Kontakt zu Musliminnen und Muslimen im Bezugsraum Arbeit, ein Fünftel hat sehr viel Kontakt im Freundes- und Bekanntenkreis. Es zeigt sich, dass Personen, die in mindestens zwei Bezugsräumen (bspw. Arbeit und Freundes-/Bekanntenkreis) oft oder sehr oft Kontakt zu Musliminnen und Muslimen haben, weniger stereotyp antworten als Personen, die weniger oder gar keinen Kontakt haben.
8. *Migrationsnarrative betreffen immer mehr Menschen – nicht nur jene mit Migrationshintergrund.* Migrationsnarrative sind über familiäre Bezugspunkte zunehmend in der deutschen Bevölkerung präsent. 35 Prozent der Bevölkerung geben an, selbst oder in der Verwandtschaft einen Migrationshintergrund zu haben. Das führt zu einer Ausweitung von Migrationsbezügen in der deutschen Gesellschaft und zu der Frage, ob der „Migrationshintergrund“ als Kategorie noch Aussagekraft besitzt

Deutschland ist durch Migration demografisch vielfältiger geworden, und die Gesellschaft handelt ihre kollektive Identität neu aus. „Postmigrantisch“ ist eine Analyseperspektive, die den Blick auf die Gestaltung der Gesellschaft *nach* erfolgter Einwanderung richtet: Wer gehört in der Wahrnehmung der Bevölkerung zu dieser Gesellschaft, sozusagen zum nationalen Kollektiv dazu und wer nicht? Wer darf mitgestalten und wer nicht? Welche Anerkennungsformen, Rechte, Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten werden Minderheiten zugestanden? Welche Wissens- und Kontaktbezüge gibt es in dieser Gesellschaft? Dies alles sind konflikthafte Aushandlungspunkte, die derzeit offen ausgetragen werden und die postmigrantische Gesellschaft reflektieren.

### **Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)**

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) wird durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Förderpartner), den Deutschen Fußball-Bund (DFB / Förderpartner), die Bundesagentur für Arbeit (BA / Unterstützungspartner) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Unterstützungspartnerin) gefördert und unterstützt und ist in der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt.

[www.bim.hu-berlin.de](http://www.bim.hu-berlin.de)